

Kommunale Strategien gegen Kinderarmut

Joachim Barloschky (Projektgruppe Tenever-Quartiersentwicklung, Amt für Soziale Dienste)

Vortrag auf einer Veranstaltung der SPD-Bürgerschaftsfraktion am 20.02.2007

1. Die erste These von Brocke (Veranstaltung am 08.02.) lautete: Der Wahrheit ins Auge sehen und sich bekennen: Ja, es gibt Kinderarmut! Ja, das ist ein gesellschaftlicher Skandal! Das muss sich ändern! Das verlangt eine Strategie und ein politisches Programm. Das dauert länger – und es kostet Geld (nachher als Leckerbissen für geplagte Haushälter, die über zu wenig öffentliche Gelder klagen – obwohl unser Land jährlich reicher wird und sich etliche dumm und dämlich verdienen – noch einige Vorschläge, die wenig oder nix kosten).
2. Von Carola Bury (Arbeitnehmerkammer Bremen) haben wir dazu eben die Fakten gehört (fast 90.000 Menschen betroffen von ALG II in Bremen; Auswirkungen auf Bildung und Gesundheit etc. - ich warte auf den Reichtumsbericht und die Aufzählung der Millionäre) – ich illustriere die Fakten noch mal aus dem Leben in Tenever:
 - **Vom ALG II –Geld verhungert man nicht – aber man kann nicht teilhaben am materiellen und kulturellen Reichtum unseres Landes**
Es ist unerhört, dass nicht nur in Kneipengesprächen, sondern auch von unwissenden Journalisten und Politikern immer wieder suggeriert wird: Na ja, die bekommen ja nicht nur die 345 € sondern auch noch Kindergeld. Das ist eben nicht so: das Kindergeld wird als Einkommen gewertet und entsprechend der Bagis-Satz reduziert. (Ganz nach dem Motto von Anton P. Tschechow: „Sattheit enthält, wie jede andere Kraft, immer auch ein bestimmtes Maß an Frechheit, und diese äußert sich vor allem darin, dass der satte dem Hungrigen Lehren erteilt“.) Ich spreche das hier an, weil diese Gesellschaft jahrelang die bittere Armut vieler, mehr werdender, nicht wahrhaben wollte; sie auch nicht kennt, die Armut und die Armen, weil die Spaltung der Stadt voranschreitet; es kaum noch zu direkten Begegnungen der verschiedenen Schichten kommt. Und leider hat Politik und Verwaltung aktiv zu dieser gesellschaftlichen Entwicklung mit beigetragen: Abschaffung Vermögenssteuer, Senkung der Spitzensteuersätze, Weitere Entlastungen der Reichen; aber auch in Bremen: massiver Abbau von Ganztagsplätzen in Kindergärten; keine Ferienbetreuung in den Schulen, schon gar nicht für Kinder Nicht-Berufstätiger, usw.
 - **ALG II bedeutet für ein Kind: 2,62 € pro Tag** für Frühstück, Mittag, Abendessen, Zwischenmahlzeiten, Getränke und Süßigkeiten – und das bei 1,53€ für ein schon subventioniertes Essen in der Schule: Und sich dann über den Zusammenhang von Armut und schlechterer Gesundheit wundern.
 - **Abschaffung der einmaligen Hilfeleistungen bei besonderem Bedarf:**
 - sechs Jahre aus dem Regelsatz sparen auf ein gebrauchtes (30€) Fahrrad – dann braucht das Kind als junger Erwachsener schon ein neues (179€), wofür er dann 34 Jahre sparen muss vom Regelsatz
 - Waschmaschine kaputt: 11 Jahre sparen vom Regelsatz
 - Monatskarte, damit die Kinder aus den Vorstädten auf die „besseren Schulen“ in die Innenstadt fahren können? Pechsträhne: die Monatskarte ist nicht drin im Regelsatz (10,87€ sieht der Regelsatz für Verkehr vor; die Monatskarte kostet im Abo 28,20€). (Alle diese Zahlen stammen aus einem Schülerprojekt des SZ Walliser Str. in Tenever unter Leitung von Hans-Wolfram Stein – dringend angesagt ist, dass **in Bremen ein Armuts- und Reichtumsbericht erstellt wird**, damit eine wissenschaftliche Grundlage für Strategien zur Armuts- (bzw. Reichtums-) Bekämpfung geschaffen wird.
 - **Androhung von Zwangsumzügen (differenziert!!!);** aber auf jeden Fall Vollzug der Abknapsung von dem eh nicht zureichenden Regelsatz für teurere Wohnungen als den Bemessungsgrenzen (Beispiel:.....)
Der psychische Druck, die Not ist groß für Menschen, die zu allen Problemen

der Arbeitslosigkeit auch noch in die Situation geraten (zumindest befürchten müssen) ihre „Heimat“, ihre sozialen Netze zu verlieren.

„Arme und Reiche sollen zusammen wohnen; der Herr hat sie beide gemacht!“ Salomon

- **8.000 Stromabschaltungen pro Jahr** in Bremen durch die swb
 - **Verarmungsfolgen: DRAMEN**; bestens zu besichtigen bei den Bremer Tafeln (auch: Mann im Knast – sein Mietanteil wird gestrichen und die Frau mit vier Kindern kann die Miete nicht mehr bezahlen. Und dass eine Regelung greift, muss man schon die Ämter aufmerksam machen bzw. ermahnen; Das Problem konnte mittlerweile geklärt werden – nicht aber, dass die Frau weiter - angeblich sei so die Rechtslage – nur 311 € statt 345 € plus Alleinerziehendenzuschlag bekommt)
Überhaupt: Großer Ärger, Unverständnis über BaGIS-Entscheidungen; Widersprüche haben keine aufschiebende Wirkung (obwohl die Sache noch nicht abschließend geklärt ist). Und das heißt dann etliche Male: 30% Regelsatz-Kürzung; konkret von 345 € auf 241 € (Oh, wie wünschte ich mir, dass so auch bei Steuerhinterziehern verfahren wird oder bei verspäteten Sozialleistungsgewährungen ähnliche „Disziplinierungsverfahren“ angewendet werden). Ansonsten bestätigt sich Heinrich Heine: „Hat man viel, so wird man bald / noch viel mehr dazubekommen. / Wer nur wenig hat, dem wird / auch das Wenige genommen.“
 - Manche diskutieren beitragsfreie Kindergartenjahre – Bremen erhöht die Kita-Gebühren für Teilzeit- und Ganztagsplätze inkl. Mittagessen für Mindestzahler um 6 bzw. 9€ (fast ein Drittel, denn bisher zahlten beide 27€) für die Ärmsten (Der Höchstbeitrag dagegen sank um einen Euro)
 - **Kindergarten-Ausreise: keine Chance, zu teuer** – Zuschuss der Stadt Bremen gestrichen.
 - **Lehr- und Lernmittelfreiheit?** Taschenrechner, Zirkel, Buch, Klassenkasse,...- und das nicht nur für ein Kind, sondern häufig für mehrere
3. Also Klarheit: **im Ortsteil Tenever (11.000 Einwohner) leben über 50% aller Kinder unter den Bedingungen von Kinderarmut** – mit all seinen bitteren Folgen für Bildung (siehe PISA) und Gesundheit (siehe Studie des Gesundheitsamtes Bremen).
Kinderarmut ist nichts anderes als Elternarmut, als allgemeine Armut in Deutschland, verschärft durch Arbeitslosigkeit und Hartz IV (Abschaffung Arbeitslosenhilfe, Abschaffung von Hilfen in besonderen Lebenslagen) – im Übrigen ist neue Altersarmut damit vorprogrammiert.
4. **Strategien gegen (Kinder)Armut**
Andere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik! Arbeits- und Ausbildungsplätze! Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums! Erhöhung des Regelsatzes um mindestens 20% und Wiedereinführung von Hilfen in besonderen Lebenslagen. Vor allem deutliche Erhöhung des Regelsatzes für Kinder – wissen die wissenschaftlichen und politische Entscheider eigentlich etwas von den realen Bedarfen von und für Kinder?
Ja ich weiß: alles auf Bundesebene zu regeln. Aber wissen muss man das – weil da liegt der Kern.
Und trotzdem gibt es genug Möglichkeiten auf Landes- und Stadtebene:
5. Und sie werden auch schon genutzt:
- 5.1. **WiN (Soziale Stadt und LOS)**; Aufwertungsstrategien für 10 benachteiligte Quartiere/Ortsteile in Bremen; glücklicherweise gepaart mit europaweit beachteten neuen Partizipations- / Beteiligungsmöglichkeiten. Mitentscheidungsrechte (Veto-Rechte) für die Bewohner, DIE BETROFFENEN, über alle Projekte und die Vergabe von Steuermitteln. An unserer letzten Stadtteilgruppensitzung nahmen 126 Bewohner und Akteure teil.
Noch ein bisschen mehr zu WiN; Projekte (Spielplatzverbesserungen,

Kinderbauernhof, Kita- und Schulprojekte, Deutschkurse, Alphabetisierungskurse, Umweltlernwerkstatt, Halle für Bewegung mit integrierter Bewegungslandschaft: Bedeutsam auch deshalb, weil der Regelsatz 2,78€ pro Monat für Sportaktivitäten vorsieht, will man beim OT Fußball spielen kostet das monatlich 8€).

Also, WiN sehr gut! Verhinderung von banlieue-Zuständen; aber die Misere ist nicht quartiersbedingt, sondern gesellschaftlicher Natur und muss gesamtgesellschaftlich bekämpft werden.

Allerdings gibt es eine Tendenz, dass die Kürzungen in den verschiedenen Ressorts für Regelaufgaben einfach aus WiN kompensiert werden soll: „Finanziert das doch aus WiN“. Das ist aber eigentlich nicht die Aufgabe von WiN.

Ich fordere hier nicht mehr WiN-Gelder, obwohl das natürlich auch sehr sinnvoll wäre; noch entscheidender aber ist, dass die Gesamtpolitik und die Regelprogramme so ausgerichtet und ausgestattet sind, dass sie die Ärmsten gezielt erreichen und stärken.

- 5.2. **Differenzierungskräfte** / Unterstützung der Kitas und Schulen in benachteiligten Quartieren (allerdings wurden die Zusatzstunden in den letzten 10 Jahren in den Schulen deutlich abgebaut)

- 5.3. **Ehrenamtliches Engagement** Sehr gut, z.B. bei der Leselust, vielen sozialen und kulturellen Aktivitäten, Hausaufgabenunterstützung. Aber das ist auch leichter zu organisieren und zu praktizieren in gemischten Stadtteilen, als da wo Armut konzentriert ist

- 5.4. **Dreitausendsiebenhundert 1 -Euro Jobs**; vorwiegend im Sozial-, Gesundheits-, Kultur- und Bildungsbereich. Da wird hervorragende, wichtige, integrative, gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet – aber warum nicht mit vollem Arbeitsvertrag, mit Rechten, mit Würde, mit Lohnfortzahlung, mit Sozialversicherungspflicht und und und Und warum nicht freiwillig?

Weil der Gesellschaft diese Aufgaben nicht wert genug sind – und die 1-Euro-Jobs zum Teil als Disziplinierungsinstrument genutzt werden.

(Mehr zum Thema In-Jobs und Alternativen wie einen Öffentlichen Beschäftigungssektor siehe die Veranstaltung am 16.02.2007 in der Blauen Karawanserei und Barloschky „Unser Zwiespalt mit den 1-Euro-Jobs – Individuelle Hilfen und gesellschaftlich katastrophale Auswirkungen“; Diskussionsbeitrag 22.06.2006 im Bürgerzentrum Vahr)

-

6. **Kommunale Strategien gegen Kinderarmut:**

Alles tun, dass dieser gesellschaftliche Skandal der Armut, der zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft und unserer Städte in Arm und Reich, in Menschen, die alle Möglichkeiten haben und in Menschen, insbesondere Kinder, die auf Grund ihrer Herkunft / der fehlenden Förderung ihre Fähigkeiten nicht entfalten können.

Es muss ein Klima geschaffen werden, dass die ganze Gesellschaft merkt und handelt: So darf es nicht weitergehen!

Was im Bereich der Gesundheit und Bildung an Benachteiligung gegeben ist durch Armut, durch Nichtchance einer gleichberechtigten Teilhabe, muss kompensiert werden. Am besten nicht nur durch zusätzliche Maßnahmen, sondern durch die gesamte Regelversorgung, die gerecht sein soll.

Oder wie Johann Gottfried Seume sagt:“ Der Staat sollte vorzüglich für die Ärmeren sorgen, die Reichen sorgen leider nur zu sehr für sich selbst.“

So gesehen gefällt mir der Bürgermeister. Denn er hat zumindest erkannt und tritt entsprechend auf, dass Kinderarmut ein Skandal ist. Und er verlangt ein anderes Gemeinwesen, eines, das sich mit diesem Skandal der Armut nicht abfindet. Auch wenn der Hinweis richtig ist, dass gerade auch die Politik mit Hartz IV z.B. zum Skandal der zunehmenden Verarmung bei wachsendem Reichtum beigetragen hat.

Und trotzdem: ich freue mich, dass jetzt der Skandal der Kinderarmut angegangen werden soll. Also:

Alles tun gegen Armut!!!

Kinderarmut lindern und ausgleichen!

Das heißt vor allem: Materielle Umverteilung; einmal andersrum: von oben nach unten! Von den Reichen nehmen – und demokratisch legitimiert für die wirkliche Zukunft der Gesellschaft, die Kinder, zur Verfügung stellen.

Wäre es zum Beispiel nicht besser gewesen Herrn Jacobs, dem „IUB-Gönner“; jedes Jahr mehr Steuern abzuknöpfen (er wäre immer noch ein - wirtschaftlich und moralisch nicht vertretbarer - stinkreicher Mann) und dann demokratisch legitimiert wichtige Zukunftsaufgaben im Bereich der Kindergarten- und Schulversorgung zu tätigen.

Und wo ist das kommunal zu beeinflussen: Bundesratsinitiativen für Vermögens- und höhere Erbschaftssteuer. Keine weitere Entlastung der Reichen! Und Und Und

Erhöhung der BaGIS-Regelsätze und insbesondere der Regelsätze für Kinder (Und als Land direkt beeinflussbar der Sozialhilfesätze – denn darüber entscheidet das Land direkt). 420 €

Einmalige Leistungen wieder einführen in besonderen Lebenslagen - auch als Sachleistungen, die unmittelbar Kindern zugute kommen (z.B. echte Lernmittelfreiheit; **Mittagessen für KITA- und Schulkinder kostenlos**).

Und sicherlich ist der Hinweis richtig, dass insgesamt ein Land mit Kinderfreundlichkeit und Wertschätzung geschaffen wird (Beispiele.....u.a. ZEIT!!!! Ladenöffnungszeiten rund um die Uhr; mobile Arbeitsplätze, lange Anfahrtswege etc. sind dafür auf keinen Fall günstig etc.)

Und sicherlich tragen Bündnisse, Kampagnen auch damit zu bei (z.B. Bündnisse für Kinder / Familien; familienfreundliche Betriebe etc.)

Aber ich werde manchmal den Eindruck nicht los, dass das in erster Linie unter dem Verwertungsgesichtspunkt, leistungsorientiert betrachtet wird. Die (bildungs-)armen Kinder / Eltern werden kaum erreicht – hierfür braucht es weniger Empfänge und Kongresse in der Stadt, weniger Hochglanzbroschüren, sondern direkte Verbindung (auch über „native speakers“) in die „Vorstädte“. Wirksam wird man vor allem durch das direkte Mit- und Er-Leben und Erbringung von Akzeptanz.

7. Also, was kann man denn nun konkret in Bremen machen:

- **Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für 0-3jährige**; am besten bezahlbare Kitas für 0-6 Jährige; vornehmlich in den benachteiligten Gebieten. Hier und jetzt kann am ehesten angefangen werden, materielle (und auch Bildungs-) Armut der Eltern zu kompensieren. Auch die CDU sollte sich auf das reale moderne Leben einstellen und alte Familien- und auch Frauenrollenbilder ad acta legen.

- **Erhalt und Ausbau der Häuser der Familie (und Mütterzentren und Frauengesundheitszentren), und der interkulturellen Treffpunkte** mit ihren fördernden Angeboten (BERATUNG, Frühförder- und Integrationskursen, Deutsch-Lernen, Familienbildung und Beratung, HIPPY und Opstapje – Programmen usw.)

- **Erziehungsberatungsausbau** und nicht Abbau – aber nicht so mittelschichtorientiert (so zumindest mein Eindruck), sondern lebensnah, an den Realitäten, vor Ort, und mit interkultureller Kompetenz (auch durch migrantische BeraterInnen)

8.

- Aufwertung und Stärkung der Kitas:

mit mehr Ganztagsplätzen, (zumindest 6 Stunden-Betreuung) gerade auch für arme Kinder. (Es ist doch ein Unding, dass in den benachteiligten Quartieren die Ganztagsplätze gegen den Willen der Eltern und alle pädagogische Vernunft radikal gekürzt wurden; ja mittlerweile auch schon etliche 6 Stunden-Plätze auf 5 Stunden reduziert wurden. Das heißt alles: weniger Kompensationsmöglichkeiten für Benachteiligte).

mit auf jeden Fall einer Zweitkraft für jede Gruppe

mit mehr Differenzierungskräften

mit Investitionen für schöne Haus- und Raumatmosphären (Innen-Außenarchitektur)

mit einer Aufwertungs- und Qualifizierungsoffensive des ErzieherInnenberufs.

Exkurs: Dieser letzte Gedanke ergibt sich auch aus dem zentralen Stellenwert der Kitas: Die ErzieherInnen sind die ersten, mit prägendsten pädagogischen Kräfte, die Bildung und Erziehung zentral mit beeinflussen.

Die / wir Eltern geben „unser“ Bestes in den Kindergarten, ein Riesenvertrauen (berechtigt!). Diese Vertrauensbasis kann genutzt werden – auch für die Arbeit mit den Familien.

In Tenever setzen wir deshalb auf „familienorientierte Arbeit“ über die Kitas.

Da ist Vertrauen vorhanden, die ErzieherInnen kennen die Ressourcen, aber auch die Nöte der Familien (Gewalt in der Familie, Verschuldung, BaGIS-Ärger etc.). Mit einer Haltung aus Wertschätzung, Empathie und professioneller Hilfe können sie erste Hilfe, Beratung, vor allem aber „Überführung“ an spezialisierte Systeme organisieren etc.

Wir haben drei Jahre ein wunderbares Modell gehabt in der Kita Andernacher Str. in Kooperation mit dem Sozialdienst des AfSD: Für fünf 0-3jährige Kinder, die vor einer Fremdplatzierung standen, wurden zusätzlich Plätze in der Kita angeboten. Das sind „die Schwestern und Brüder von Kevin“. So sind die Kinder und auch deren Eltern täglich im Blick von Fachkräften, aber vor allem in der positiven Stärkung – und im Übrigen sehr erfolgreich: Entwicklungsverzögerungen wurden aufgeholt; und es ist nicht „Kevinmäßiges“ passiert.

Nach drei Jahren war kein Geld mehr da für dieses vom Sozialdienst hochgeschätzte Instrument.

Sofort wieder einführen – und das nicht nur in der Kita Andernacher Str. (für die eine Lösung auch ohne Neubau ab Sommer möglich scheint: Wir hoffen, dass es nicht wieder wegen Geldproblemen scheitert bzw. unter Aufgabe von traditionellen Standards wie z.B. der Küche gelöst wird – das wäre dann auch bezeichnend, dass man es mit den Vorstädten ja machen kann), sondern in allen Brennpunkt – Gebieten.

- Kostenloses Mittagessen für Geringverdiener in Kita und Schule

- Schulen, Weiterer Ausbau der Ganztagschulen (aber bitte qualitativ hochwertig), **mehr LehrerInnen mit Migrationshintergrund**

- Ferienbetreuung nicht nur für berufstätige Eltern in Kitas und Schulen (eigentlich eine Selbstverständlichkeit. In Bremen werden die dafür vorhandenen Sozialpädagogen / ErzieherInnen aus Tenever zum Beispiel in den Ferien abgezogen und in die besser situierten Stadtteile / Schulen zum Feriendienst abkommandiert).

- Elternlotsen

- Sozialdienste stärken – überhaupt: Stellenwert des Sozialen in Stadt und Gesellschaft (Siehe auch die Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses)

- Förderunterricht, Schulaufgabenhilfe, Leselust, Ausreisen, kulturelle

Erlebnisse, (Sozialpass für ÖPNV, Museen, Bremer Bäder, Kultureinrichtungen)
 - **Bremer Tafeln - bitter dass sie nötig sind;** Recyclingbörsen als „gesellschaftliche Umverteilung“

- **Patenschaften / BegleiterInnen** / gelebtere Nachbarschaften– ein großer Aufruf an alle Bremer/Innen, arme Kinder und ihre Familien zu begleiten / zu unterstützen. Wer nimmt sich bei den Hausaufgaben den Kindern und Jugendlichen an, organisiert kulturelle Ereignisse und Auseinandersetzungen, steht auch den Familien beiseite. Kontinuierlich, lässt sich auf die Lebensrealitäten ein. Und wer hilft insbesondere unseren Flüchtlingsfamilien, die sowohl rechtlich als auch materiell noch viel dramatischer leiden müssen. Und wer organisiert das in den benachteiligten Stadtteilen? Laufen muss es wohl über die Schulen und Kitas

9. Alles Genannte (und noch sehr viel mehr wäre möglich) könnte einen Beitrag leisten, dass der akuten Kinderarmut entgegengewirkt wird, könnte die dramatischsten Auswirkungen lindern –

Aber die eigentliche Aufgabe, die sich uns stellt:

Wie können wir verhindern, dass aus armen Kindern arme Eltern werden mit wieder armen Kindern.

Wie bekommen wir solche Verhältnisse hin, dass nicht der Geldbeutel entscheidet über Teilhabe, Bildung und Gesundheit – Freiheit!

Ich bin in den 60er Jahren demonstrieren gegangen unter der Losung „Mehr Arbeiterkinder an die Uni“. Nicht unerfolgreich – Bildungsoffensive in den siebziger Jahren. Und dann PISA: Es ist noch schlimmer geworden. Deutschland ist Weltmeister in der sozialen Selektion.

Dass zu ändern kostet nicht mal viel / mehr:

Ändert das Schulsystem! Einheitliche Beschulung bis zur 9. Klasse in Ganztagschulen! Sofort Schluss mit der zunehmenden Spaltung auch im Bildungswesen. Schluss mit Privatschulen (-Förderung).

10. **Lehrstellen her.**

Ein besonderes Anliegen, wenn man bedenkt, dass max. 20% der Teneveraner Haupt- und Realschüler im letzten Jahr einen Ausbildungsplatz erhalten haben.

Also die Wirtschaft zwingen zu mehr Ausbildungsplätzen – aber bis dahin vielleicht in Kattenturm, Lüssum, Gröpelingen und Tenever vier Ausbildungs- und Qualifizierungswerkstätten errichten.

Ich bin nicht Wissenschaftler; schreibt ab aus den zig Studien z.B. vom DPWV (Bremen). Ich habe um emotionale Änderung und Einsatz gebeten und vor allen Dingen mit den sozialpolitischen Forderungen mit materiellem Kern sicherlich für eine gute Diskussions- und Handlungsgrundlage gesorgt. Und schließe mit Bela Bartok:

Wenn nicht die Guten sich um die Kinder kümmern, tun's die Schlechten.

Mehr Informationen:

Joachim Barloschky

Projektgruppe Tenever

Wormser Str. 9

28325 Bremen

0421 / 42 57 69

mail: projektgruppe@bremen-tenever.de

www.bremen-tenever.de